



Um Migration, Transferleistungen und innere Sicherheit ging es beim Kommunalgespräch der CSU in Lutzingen: (von links) Thorsten Frei, Ulrich Lange, Katja Müller und Julia Berchtold. Foto: Hans Gusbeth

„Die Kommunen sind am Limit“

Beim CSU-Kommunalgespräch in Lutzingen geht es um Migration, Transferleistungen und innere Sicherheit. Thorsten Frei von der Unionsfraktion sagt, der Staat habe die Kontrolle verloren.

Von Hans Gusbeth

Lutzingen Der Kontrast hätte nicht größer sein können. Die CSU hatte für ihr Kommunalgespräch Lutzingen ausgewählt, eine Landkreis-Gemeinde mit knapp 1000 Einwohnern. In Lutzingen gab es laut Landratsamt zum Jahreswechsel einen einzigen Geflüchteten, aus der Ukraine. Die Quote: 0,1 Prozent. Mit auf dem Podium der Diskussion im Interkommunalen Bürger- und Kulturzentrum war auch Katja Müller. Sie ist CSU-Bürgermeisterin des, O-Ton Müller, „traurigen Spitzenreiters“ Lauingen. Die Stadt hat knapp 12.000 Einwohner, unter ihnen 229 Ukrainer sowie 415 sonstige Geflüchtete und damit eine Quote von laut Müller aktuell 5,7 Prozent.

Allein mit dieser Konstellation war man an diesem Abend vor zahlreichen, diskutierfreudigen Gästen schon mitten im Thema. Hinzu kamen vier Schlagzeilen der vergangenen Tage aus unserer Zeitung, mit denen Ulrich Lange das Thema des Kommunalgesprächs auf den lokalpolitischen Punkt brachte: „Job-Börse für Geflüchte-

te“, „Syrgenstein lehnt Unterkunft ab“, „Wertingen stimmt zu“, „Lauingen klagt“. Da ist „Druck in den Kommunen“, fasste der CSU-Bundestagsabgeordnete die Überschriften zusammen.

Moderator Lange hatte unter dem Motto „Migration, Transferleistungen, Innere Sicherheit – Kommunen am Limit!“ bereits mit seiner Einladung ein Ausrufezeichen gesetzt und dazu zwei Kommunalpolitikerinnen eingeladen: Lauingens Bürgermeisterin Katja Müller und Julia Berchtold, CSU-Stadträtin in Gundelfingen. Hinzu kam ein Top-Bundespolitiker. Denn für den Impulsvortrag der Diskussionsrunde konnte Lange Thorsten Frei nach Lutzingen lotsen, den „Chef im Maschinenraum“ der CDU/CSU-Fraktion in Berlin. Frei ist Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und dort damit zweiter Mann nach Friedrich Merz.

Der frühere Oberbürgermeister von Donaueschingen bezeichnete es als „bewundernswert“, wie die Kommunen die „gewaltige Herausforderung“ bislang bewältigt haben. Er differenzierte zwischen einer Migration in den Arbeits-

markt und einer humanitären Migration. Deutschland sei zwar auf Zuwanderung angewiesen, allerdings auf Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in die sozialen Transfersysteme. Bei der humanitären Migration habe der „Staat weitestgehend die Kontrolle über das Geschehen verloren“, kritisiert Frei. Die aktuelle Situation sei ein „Ergebnis der Ampel-Politik in Berlin“. Dort hätten vor allem die Grünen das Sagen und „die wollen überhaupt keine Kehrtwende“.

Weil es in keinem anderen Land so hohe Leistungen gebe – von Transferleistungen bis Familien-Nachzug – bezeichnete Frei Deutschland als den „Magneten“ für Migranten in Europa. Die Geflüchteten kämen aber nicht im Bund oder im Land an, sondern in den Landkreisen, den Städten und Gemeinden. Und genau dort würde die ganze Wucht der Herausforderungen der Migration und damit auch der Integration virulent werden. Beim Thema Transferleistungen konnte die Gundelfinger Stadträtin Julia Berchtold über die neueste Entwicklung bei der Bezahlkarte berichten. Berchtold ist

Juristin am Landratsamt in Günzburg. Im dortigen Pilotprojekt wurden vom Bürgerbüro bereits vergangene Woche 600 Bezahlkarten an Migranten ausgegeben. Weitere Pilotprojekte in Bayern sind in den Kreisen Fürstentfeldbruck und Traunstein sowie in der Stadt Straubing.

In Günzburg erhofft man sich laut Berchtold eine deutliche Vereinfachung. „Wir haben rund 250.000 Euro Bargeld im Monat ausbezahlt“. Das habe sehr viel Personal gebunden, insbesondere am Monatsende sei das Besucheraufkommen im Landratsamt so hoch gewesen, dass man einen Sicherheitsdienst einbinden musste. Die Debitkarte auf Guthabenbasis mit Mastercard-Funktion erhalten Personen ab 14 Jahren mit laufenden Asylverfahren oder Duldung. Laut bayerischem Innenministerium hängt die Höhe der Summe, die zur Verfügung gestellt wird von verschiedenen Faktoren ab – wie Alter, Familienstand und Art der Unterbringung. Julia Berchtold konkretisiert: Es sind 460 Euro für einen Alleinstehenden, der nicht im Aufnahmezentrum

wohnt. Ein im Aufnahmezentrum Wohnender erhalte dagegen 134 Euro.

Über die „zugespitzte Situation“ (Lange) in Lauingen berichtete Katja Müller. Derzeit seien 5,7 Prozent der Einwohner in Lauingen Geflüchtete. „Wir waren und sind damit trauriger Spitzenreiter im Landkreis Dillingen“, klagt die Bürgermeisterin. Dies selbst, nachdem das Flüchtlingszelt an der Dillinger Straße, gegen das man sich gewehrt habe, abgebaut wurde. Jetzt solle an dieser Stelle auf acht Jahre ein Interimsbau für weitere 48 Flüchtlinge kommen. Gegen dieses Vorhaben eines privaten Betreibers klagte die Stadt derzeit. „Wir sträuben uns nicht gegen die Menschen, sondern die Übersozialisierung, die momentan stattfindet, und die uns große Probleme bereitet“, so Müller. Es gehe einfach nicht mehr.

Hier findet sie ein offenes Ohr bei Thorsten Frei: „Sie müssen ja schauen, dass man in Lauingen gut leben kann.“ Es sei eine Frage der Quantität, ob Integration möglich werde, so der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(aus: Donau Zeitung, 27.03.2024)